

Biel, 15. Oktober 2009

Communiqué (version française en bas)

Stades de Bienne: Grüne bleiben skeptisch

Die Grünen Biel haben sich am Informations- und Mitwirkungsverfahren zur Teiländerung der baurechtlichen Teilgrundordnung „Bözingenfeld-West“ im Bereich „Stades de Bienne“ beteiligt. Aus Sicht der Grünen ist die Frage des Mehrverkehrs noch nicht befriedigend geklärt. Ausserdem kritisieren die Grünen, dass die Stadt den Risiken eines Public-Private-Partnership (PPP) zu wenig Beachtung geschenkt hat. Die Grünen Biel unterstützen den Bau neuer, nachhaltiger Stadien für den Spitzen- und den Breitensport und würden es bedauern, wenn Finanzierungsprobleme wie beim Beitrag aus dem Sportfonds oder beim kürzlichen Deal mit der Migros das Vorhaben scheitern liessen.

Die Grünen beurteilen die vorgesehene Reduktion der Mindestverkaufsflächen, die Zulassung des Lebensmittelverkaufs sowie das Angebot von kleinen Restaurationsbetrieben als wenig bedenklich im Hinblick auf die Konkurrenzierung des Gewerbes der Innenstadt. Die Hauptaufmerksamkeit gilt dem Aspekt des Mehrverkehrs. In besonderen Fällen, so haben Berechnungen in der Sensitivitätsstudie ergeben, überschreitet die Fahrleistung die für eine der Zonen rechtlich zur Verfügung stehenden 2'000 Bewegungen des durchschnittlichen täglichen Verkehrs (DTV) um 600 Bewegungen. Für die Grünen Biel ist dies Anlass, die Behörden mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass die Grenzwerte einzuhalten sind.

In der Mitwirkung bemerken die Grünen kritisch, dass unter dem Vorwand der enormen Grösse und der Unmöglichkeit der Stadt, selber für die Finanzierung aufzukommen, ein PPP-Projekt (Public-Private-Partnership) beschlossen. Im positiven Fall kann die Stadt Biel zwar profitieren. Im schlechten Fall, wenn, wie geschehen, der Private die Abmachungen nicht einhalten kann, ergeben sich jedoch massive Nachteile. Dem Totalunternehmer HRS gelingt es offenbar nicht, die Mantelnutzung im ursprünglichen Sinn zu realisieren, mit der Folge, dass voraussichtlich eine neue Teilgrundordnung zur Volksabstimmung kommt, deren Ausgang ungewiss ist. Dass die Konsequenzen vorerst nicht gravierender sind, darf man durchaus dem Engagement der Bieler Behörden zuschreiben. Dennoch sind die Grünen der Auffassung, dass bei PPP-Projekten in Zukunft unbedingt Zurückhaltung geübt werden soll und die Finanzierung von Grossprojekten sorgfältiger und transparenter zu erfolgen hat. Probleme bei der Umsetzung wie beim Konflikt um den Beitrag aus dem kantonalen Sportfonds oder beim Deal mit der Migros dieses Jahr sind ansonsten vorprogrammiert.

Auskunft:

Urs Scheuss, Präsident, 078 795 91 83

Beilage:

- Mitwirkungsantwort der Grünen Biel

Bienne, 15 octobre 2009

Communiqué

Stades de Bienne : Les Verts restent sceptiques

Les Verts Bienne ont fait part de la procédure de participation et d'information de la population quant à la modification partielle de la réglementation fondamentale partielle relative aux « Champs-de-Boujean ouest » concernant les « Stades de Bienne ». De l'avis des Verts, la réponse apportée à la question de l'augmentation du trafic routier est encore insatisfaisante. En outre, les Verts critiquent la ville pour avoir insuffisamment pris en considération les risques d'un projet Public-Private-Partnership (PPP). Ils soutiennent la construction de manière durable des nouveaux stades destinés au sport d'élite et de masse. Il serait regrettable que des problèmes de financement causent l'échec du projet. De tels problèmes existent déjà si l'on pense au conflit au sujet des subventions du fonds du sport cantonal ou à la récente affaire Migros.

Pour les Verts, la réduction de la surface des magasins spécialisés, l'introduction de la vente de produits alimentaires et de la petite restauration ne représentent pas une concurrence inadmissible des commerces du centre-ville. C'est surtout le trafic routier qui pourrait s'avérer problématique. Dans certains cas – comme l'a démontrée l'étude de sensibilité – le trafic routier dépasse de 600 mouvements de véhicules à moteur la limite du contingent de mouvements dans une zone pour laquelle le maximum est fixé à 2'000 mouvements journaliers en moyenne. Ce résultat a motivé les Verts à interpeller les autorités afin qu'elles respectent les limites obligatoires.

Dans leur prise de position, les Verts remarquent de manière critique qu'un projet PPP (Public-Private-Partnership) a été décidé sous le prétexte de l'importance du projet et de l'impossibilité de le financer par la ville. En effet, si tout va bien, la ville de Bienne peut en profiter. Par contre, si les choses vont mal, la ville subit des inconvénients graves comme cela a été récemment le cas lorsque le partenaire privé n'a plus été en mesure de satisfaire à son engagement. Il semble que l'entrepreneur total HRS n'arrive pas à réaliser comme prévu l'enceinte multifonctionnelle, provoquant très probablement une votation populaire sur une nouvelle réglementation fondamentale partielle dont l'issue est incertaine. Grace aux efforts des autorités biennoises, les conséquences ne se sont pas aggravées pour le moment. Les Verts sont toutefois d'avis que, de manière générale et à l'avenir, il faut être très réservé par rapport à des projets PPP et que le financement de grands projets devra se faire de manière plus diligente et plus transparente. Sinon, des problèmes apparaîtront nécessairement lors de la mise en œuvre comme cela a été le cas cette année pour les subventions du fonds du sport cantonal ou de l'affaire avec Migros.

renseignement :

Urs Scheuss, président, 078 795 91 83

annexe :

- réponse des Verts Bienne pour la procédure de participation (en allemand)

Abteilung Stadtplanung
Bereich Pläne und Reglemente
Zentralstrasse 49
Postfach
2501 Biel/Bienne

Biel/Bienne, 14. Oktober 2009

Mitwirkungsverfahren zur Teiländerung der baurechtlichen Teilgrundordnung „Bözingenfeld-West“ im Bereich „Stades de Bienne“

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Möglichkeit, im Rahmen des Informations- und Mitwirkungsverfahrens Stellung beziehen zu dürfen.

Die Grünen Biel sind sich bewusst, dass das Mitwirkungsverfahren wie auch die nachfolgenden rechtlichen Schritte (Publikation, allfällige Einsprachen und Einspracheverhandlungen, Volksabstimmung) sich nur auf die Teiländerungen der baurechtlichen Teilgrundordnung bezieht, also namentlich:

- die Reduktion der Mindestverkaufsflächen für Fachmärkte von 2500 auf 1250 qm
- die Zulassung des Lebensmittelverkaufs auf einer einzigen Fläche von max. 1500 qm
- die Reduktion der Gesamtverkaufsfläche von rund 30'000 auf 21'000 qm
- die Zulassung von Restaurantbetrieben mit max. 30 Plätzen in direktem Zusammenhang mit einzelnen Freizeitangeboten

Trotzdem liegt den Grünen Biel daran, nochmals auf den übergeordneten Zusammenhang hinzuweisen. Die Notwendigkeit neuer Sportstadien für Fussball und Eishockey und damit die Bedürfnisse des Sports seien hier nicht grundsätzlich hinterfragt. Sie sind gerechtfertigt, weil Biel von der guten Positionierung sowohl des FC Biel wie auch des EHC B profitiert und dies auch wertvolle Impulse für den Breitensport gibt.

Wegen der enormen Grösse der beiden Stadien und der angeblichen Unmöglichkeit, selber für die Finanzierung aufzukommen, wurde ein PPP-Projekt (Public-Private-Partnership) beschlossen. Dabei kann im positiven Fall die Stadt Biel zwar profitieren. Im schlechten Fall, wenn bspw. der Private die Abmachungen nicht einhalten kann, ergeben sich jedoch massive Nachteile.

Genau dieser Fall liegt nun vor. Dem Totalunternehmer HRS ist es offenbar nicht gelungen, die Mantelnutzung im ursprünglichen Sinn zu realisieren, mit den obgenannten Folgen für die Teilgrundordnung. Dass die Konsequenzen nicht gravierender sind, darf man durchaus dem Engagement der Bieler Behörden zuschreiben.

Es zeigt sich, dass bei PPP-Projekten in Zukunft unbedingt Zurückhaltung geübt werden soll. Gewisse Probleme bei der Finanzierung lassen sich damit zwar lösen. Die Stadt geht dabei aber auch gewisse zusätzliche Risiken ein und begibt sich z.T. in die Abhängigkeit vom privaten Partner. Letzteres ist auch aus demokratiepolitischen Überlegungen äusserst problematisch.

Nun zu den vorgeschlagenen Teiländerungen:

- a) Die Reduktion der Mindestverkaufsflächen könnte allenfalls zu einer leicht gesteigerten Konkurrenzsituation gegenüber anderen Fachmärkten, eventuell auch gegenüber der Innenstadt, führen. Da aus Gewerbekreisen aber offenbar explizit keine Bedenken angemeldet wurden, sehen sich auch die Grünen Biel nicht veranlasst, in diesem Punkt zu intervenieren
- b) Die Zulassung des Lebensmittelverkaufs auf einer limitierten Fläche scheint einem Bedürfnis der Fachmarktbetreiber zu entsprechen. Die Konkurrenz in diesem Segment erscheint den Grünen auch nicht bedenklich, hingegen gilt es, das Verkehrsaufkommen in diesem Zusammenhang genau zu beobachten. Dazu mehr unter d)
- c) Das Angebot von kleinen Restaurationsbetrieben erscheint weder aus Konkurrenz zu Quartierlokalen noch bezüglich Mehrverkehr bedenklich.
- d) Die Reduktion der Gesamtverkaufsfläche kommt den Befürchtungen um Mehrverkehr durch das Lebensmittelangebot entgegen, teilweise könnten auch die kleineren Fachmärkte zu einem höheren Umsatz und damit mehr Verkehr führen. Dem Aspekt des Mehrverkehrs widmen deshalb die Grünen Biel ihre Hauptaufmerksamkeit.

Zur Verfügung stehen für die Zone 10.1 4000 Bewegungen des durchschnittlichen täglichen Verkehrs (DTV) zur Verfügung, für die Zone 10.2 2000 DTV. Gemäss den aufliegenden Dokumenten und Argumentationen sollen diese DTV nun trotz Lebensmittelverkauf und kleineren Fachmärkten ausreichend sein.

Die Studie von Emch + Berger weist aber in der Sensitivitätsstudie auch für besondere Fälle DTV-Zahlen auf, welche über dem Limit liegen (2600 DTV für die ZPP 10.2 statt 2000).

Dies allerdings bei einer geringen Eintretenswahrscheinlichkeit.

Für die Grünen Biel ist dies Anlass genug, die Behörden dringlich darauf hinzuweisen, dass die Grenzwerte einzuhalten sind. Schliesslich ist ja auch noch eine Beschwerde des VCS zur aktuell gültigen Teilgrundordnung hängig, bei der die Anzahl Fahrten für das Eisstadion angezweifelt werden. Wir werden diese Entwicklung sehr genau verfolgen und uns allenfalls bei den nächsten Schritten entsprechend einbringen, sollten sich unsere Befürchtungen für ein übermässiges Verkehrsaufkommen als stichhaltig erweisen.

Wir danken für die Kenntnissnahme unseres Mitwirkungsbeitrags und sind gespannt auf Ihre Informationen zum weiteren Vorgehen.

Mit freundlichen Grüssen



Urs Scheuss
Präsident